

Die Vorsitzende Frau dos Santos-Hermann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend schlägt sie die Aufnahme der Vorlage „Jahresbericht des Bürgertelefons 2013“ in die Tagesordnung unter TOP 3.4 vor.

Der Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechniken erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 2 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 2.1 Vereinbarung mit bonnorange (AÖR) zur Übernahme des Telefonservices durch das von der Stadt Köln betriebene Bürgertelefon (Testbetrieb)
0639/2014
- 3 Sachstandsberichte der Verwaltung**
 - 3.1 Sachstandsbericht und Live-Präsentation "Vertragsmangement"
 - 3.2 Sachstandsbericht zum Thema WLAN
 - 3.3 Statusbericht zur Netzwerkinfrastruktur im Bereich der Schulen
 - 3.4 Jahresbericht des Bürgertelefons 2013
0806/2014
- 4 Schriftliche Anfragen**
- 5 Mündliche Anfragen**
- 6 Anträge**
- 7 Allgemeine Vorlagen**
 - 7.1 Kooperationsprojekt "Erweiterte Zuständigkeit in der Kfz-Zulassung" zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis
0069/2014

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

9 Mitteilungen der Verwaltung

10 Sachstandsberichte der Verwaltung

11 Schriftliche Anfragen

12 Mündliche Anfragen

13 Anträge

14 Allgemeine Vorlagen

- 14.1 Abschluss einer Rahmenvereinbarung für externe Dienstleistungen im Bereich Infrastruktursysteme
0340/2014
- 14.2 Externe Dienstleistungen zur Unterstützung für den Bereich aktive Netze zur Abwicklung des laufenden Dienstbetriebes
0346/2014
- 14.3 Beteiligung der Stadt Köln an einem Europaweiten Vergabeverfahren zur Beschaffung von Endgeräten (PC, Monitore, Drucker, Beamer)
0412/2014
- 14.4 Bedarfsprüfung zur Erneuerung und Erweiterung des städtischen Datennetzwerks (CAN) in den Jahren 2015 bis 2020
0426/2014
- 14.5 Bedarfsfeststellung für einen Rahmenvertrag zur Lieferung von Telekommunikationsendgeräten
0475/2014
- 14.6 Verlängerung des Vertrages zur Wartung und Software-Pflege des E-Mail Sicherheitsgateway
0487/2014
- 14.7 Teilnahme am geplanten Rahmenvertrag des KDN mit der Fa. SER über Archiv-Software
0473/2014
- 14.8 Teilnahme an dem geplanten Rahmenvertrag des KDN mit der Firma econet GmbH zur Anwendung cMatrix
0677/2014

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

keine

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Vereinbarung mit bonnorange (AÖR) zur Übernahme des Telefonservices durch das von der Stadt Köln betriebene Bürgertelefon (Testbetrieb) 0639/2014

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor, der Unterausschuss nimmt Kenntnis.

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

3.1 Sachstandsbericht und Live-Präsentation "Vertragsmangement"

Herr Schoos informiert über den aktuellen Sachstand zum Projekt Vertragsmanagement und präsentiert in diesem Zusammenhang dem Ausschuss eine Live-Demo der vorgesehenen Anwendungslösung.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Der Unterausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.2 Sachstandsbericht zum Thema WLAN

Zum Sachstand erläutert Herr Kruse, dass sich ein freies WLAN-Angebot für Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher auf Plätzen mit besonderer Aufenthaltsqualität über ein einheitliches Anmeldeportal der NetCologne („hotspot.koeln“ - Projekt der NetCologne) in Vorbereitung befindet. Hierzu ist seitens der NetCologne eine Pressekonferenz für Anfang Mai geplant, die über das Portal berichten wird.

Bezüglich der Bereitstellung von WLAN durch die Stadt Köln wurde in den wichtigsten städtischen Wartezeiten in Verwaltungsgebäuden, dem Rathausbereich und in ausgewählten Kultureinrichtungen sowie in den Aktionsbereichen von Mandatsträgern in städtischen Gebäuden der WLAN-Zugang realisiert.

Der Unterausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

3.3 Statusbericht zur Netzwerkinfrastruktur im Bereich der Schulen

Herr Kruse informiert den Ausschuss anhand einer Folienpräsentation über den derzeitigen Sachstand zur Netzwerkinfrastruktur an Kölner Schulen.

Er teilt mit, dass diese Präsentation auch die Beantwortung der im AVR gestellten Zusatzfragen im Zusammenhang mit der Beratung der Beschlussvorlage „Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von WLAN-Netzwerkkomponenten für Kölner Schulen-1251/2013“ beinhaltet und dem AVR zu seiner Sitzung am 31.03.2014 zur Verfügung gestellt wird.

Der Sachstandsbericht wird der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Der Unterausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**3.4 Jahresbericht des Bürgertelefons 2013
0806/2014**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor, der Unterausschuss nimmt Kenntnis.

4 Schriftliche Anfragen

keine

5 Mündliche Anfragen

keine

6 Anträge

keine

7 Allgemeine Vorlagen

**7.1 Kooperationsprojekt "Erweiterte Zuständigkeit in der Kfz-Zulassung" zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis
0069/2014**

Beschluss:

1.) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die bis dato in einem Versuchspiloten entwickelte "Erweiterte Zuständigkeit" in der Kfz-Zulassung zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis in einen testweisen Echtbetrieb (=Testbetrieb) zu überführen und damit eine dauerhafte Einrichtung dieser Anwendung umzusetzen. Der Echttestbetrieb soll im 2.Quartal 2014 realisiert werden.

2.) Der Rat beauftragt dazu die Verwaltung, das OK.Vorfahrt-Modul "Erweiterte Zuständigkeit" zu beschaffen und die erforderlichen Systemerweiterungen "Automatisiertes Abrufen der Einwohnermeldedaten" und "Transport der Archivdaten" in Auftrag zu geben.

3.) Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem Rhein-Erft-Kreis zur "Erweiterten Zuständigkeit" in der Kfz-Zulassung in der als Anlage 3 paraphierte Fassung gem. § 41 Abs.1 lit. s) Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) abzuschließen.

4.) Die Verwaltung wird verpflichtet, spätestens zwei Jahre nach Übernahme der "Erweiterten Zuständigkeit" in der Kfz-Zulassung in das Tagesgeschäft dem Rat über die Erfahrungen und Ergebnisse, insbesondere über die Geschäfts- und Kundenentwicklungen, vor allem über etwaige Verschiebungen von Gebühreneinnahmen, zu berichten.

5.) Die Verwaltung wird verpflichtet, bei einer relevanten Gebührenverschiebung zu Lasten der Stadt Köln in Höhe von 2,5 % des Gebührenüberschuss im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales eine Entscheidungsvorlage einzubringen, wie mit der „Erweiterten Zuständigkeit“ zukünftig verfahren werden soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig empfohlen

gez. Susana dos Santos Hermann
Vorsitzende

gez. Bettina Buhl
Schriftführerin